

Die Gemeinde Rheingönheim unter dem Hakenkreuz 1933-1938

Wie bereits der 7. November 1918 verlief auch der 30. Januar 1933 im „roten“ Rheingönheim ohne besondere Ereignisse. Die zehn jüdischen Familien in der Gemeinde unternahmen keine Flucht vorbereitungen, die von SPD und Zentrum gebildete Gemeindegemeinschaft verhielt sich abwartend und selbst die fraktionell gespaltene KPD stand der Machtübergabe an die Nationalsozialisten wie gelähmt gegenüber. Sträflich, denn schon am gleichen Tag wurden von der Polizei in Ludwigshafen das dortige Parteibüro und die Wohnungen von Funktionären der KPD durchsucht. Zwar verstärkte die KPD nun die Umstellung auf die Illegalität – die Mitglieder der Bezirksleitung wurden seit dem 10. Februar 1933 mit Haftbefehl gesucht - wurde aber trotzdem von der Polizeiaktion zur Durchsetzung der Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ am 28. Februar 1933 überrascht. Letzterer war am 27. Februar 1933 der Reichstagsbrand vorausgegangen, den die Nationalsozialisten noch in der gleichen Nacht als Auftakt zur Festnahme von 1.500 kommunistischen Funktionären in Berlin und 10.000 im Reich nutzten. Hierzu zählte auch das Gemeinderatsmitglied Unold – das erste Opfer des nationalsozialistischen Terrors in Rheingönheim. In der Pfalz wurden sämtliche Versammlungen und Kundgebungen der KPD verboten und die Parteibüros geschlossen. Auch die Ludwigshafener „Arbeiter-Zeitung“ musste ihr Erscheinen endgültig einstellen, nachdem sie bereits zwischen dem 13. und 17. Februar 1933 wegen „Beschimpfung der Reichsregierung“ verboten worden war.¹

Unter solchen Bedingungen konnte natürlich in Rheingönheim am 5. März 1933 von keiner freien Wahl die Rede sein. Paul von Hindenburg hatte bereits zwei Tage nach Hitlers Ernennung den erst am 6. November 1932 gewählten Reichstag wieder aufgelöst, „nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt“ hatte.² Dieser „arbeitsfähigen“ Mehrheit verweigerten sich Rheingönheimer aber erneut. Die NSDAP blieb mit 1.189 Stimmen zwar stärkste Partei – lag jedoch weit hinter ihren Erwartungen, da auch die SPD mit 920 Stimmen und das Zentrum mit 415 Stimmen von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierten. Auch der nur leichte Stimmenrückgang der KPD – 602 Wähler – bezeugt eine erstaunliche Standfestigkeit, angesichts des Terrors, dem die Partei vor allem in der letzten Woche des Wahlkampfes ausgesetzt gewesen war. Allerdings konnten alle 81 am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der KPD den Reichstag nicht einmal mehr betreten, denn unter offenem Bruch der Verfassung waren die gewählten KPD-Abgeordneten bereits vor der Wahl festgenommen, verfolgt oder gar schon ermordet worden.³

Nach der Zerschlagung der KPD wandte sich der NS-Terror nun den Sozialdemokraten zu: Am 8. März 1933 erklärte als erster SPD-Gemeinderat Fritz Schäfer seinen Rücktritt.⁴ Die nachfolgende Gemeinderatssitzung am 9. März 1933 wurde zwar noch einmal von Bürgermeister Hahl geleitet, war aber ansonsten bereits nur noch ein „Rumpfparlament“, das die Tagesordnung abarbeitete und zum Tagesgeschehen und seinen verfolgten Mitgliedern schwieg.⁵ Symbolhaft musste einen Tag später nach der „Arbeiter-Zeitung“ nun auch die sozialdemokratische „Pfälzische Post“ ihr Erscheinen einstellen; zugleich wurde die SPD-Wehrorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zerschlagen. Am Morgen des 20. März 1933 war der „NSZ Rheinfront“ zu entnehmen, dass bis 17.00 Uhr am kommenden Tag „sämtliche SPD- und KPD-Bürgermeister und Stadträte usw., die ihre Ämter noch nicht

¹ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat) und Becker, Klaus J., Die KPD in Rheinland-Pfalz, Mainz 2001, S. 53 ff.

² Verordnung des Reichspräsidenten zur Auflösung des Reichstags vom 01. Februar 1933.

³ Vgl. StALu, RG 36 1084 (Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 1932-1934) und Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1969, S. 287 f.

⁴ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

⁵ Vgl. StALu, RG 13 (Protokollbuch des Gemeinderats 1926-1933), S. 560 ff.

freiwillig niedergelegt haben, unter Angabe der Straße und Hausnummer zu melden“ seien. „Die Niederlegung der Ämter hat in allen Fällen freiwillig zu erfolgen“, unterstrich Gauleiter Bürckel.⁶ Daraufhin forderte die NSDAP-Ortsgruppe noch am gleichen Tag telefonisch beim 2. Bürgermeister Deuschel die Adressen der SPD- und KPD-Stadträte an. Ihr wurde daraufhin angezeigt, dass Bürgermeister Hahl „infolge Krankheit seinen Dienst in absehbarer Zeit nicht mehr versehen könne und daher in Urlaub treten und seine Pensionierung beantragen müsse“. Zeitgleich hatten auch die sechs SPD-Gemeinderäte Hans Böhm, Rudolf Brehm, Rudolf Heene, Sebastian Hirsch, Wilhelm Hofer und Peter Muth ihren Rücktritt schriftlich gemeinsam eingereicht. Noch deutlicher formulierte es der vor Deuschel ebenfalls am 20. März 1933 erschienene Kommunist Johannes Böckler: „Ich trete hiermit als Gemeinderat zurück, weil ich infolge Krankheit nicht mehr dieses Amt bekleiden kann“. Eine halbe Stunde vor Verstreichen der Frist folgte am 21. März 1933 auch Wilhelm Schäfer explizit der Aufforderung Bürckels. Am 22. März 1933 bilanzierte Deuschel die „Beschlussunfähigkeit des Gemeinderates durch Rücktritt von Mitgliedern, die der KPD und SPD angehörten oder (wie Wilhelm Schäfer) dieser nahestehen. Johannes Unold wurde ausdrücklich als „in Haft befindlicher Gemeinderat“ ausgewiesen. Einen Tag später lag auch schriftlich der Mandatsverzicht sämtlicher SPD-Nachrücker vor – bei der KPD verzichtete man auf diese Formalität.⁷

Obwohl Zentrumsmann Peter Deuschel als 2. Bürgermeister loyal dem neuen Regime gedient hatte, waren nun die Katholiken an der Reihe. Am 26. März 1933 gab Pfarrer Wilhelm Caroli von der Kanzel herab folgende vom Ortsgruppenleiter der NSDAP Dr. G. Käß unterzeichnete Drohung bekannt: „Die Art, wie Sie Ihre Stellung als Seelsorger zum Kampf gegen unsere Bewegung missbraucht haben, ist uns nicht verborgen geblieben. Wir hatten seither nichts dagegen unternommen in der Annahme, dass Sie nach dem Sieg und dem praktischen Wirken unserer Bewegung Ihren Standpunkt uns gegenüber berichtigen würden. Neuerliche Vorkommnisse beweisen uns, dass Sie ihre Wühlätigkeit mit unrichtigen Argumenten gegen uns fortsetzen. Im Interesse des religiösen und politischen Friedens in unserer Gemeinde verwarnen wir Sie.“⁸ Die Replik von Caroli war genauso mutig wie eindeutig: „Ich bedauere jeden Katholiken, der mit dieser Gesellschaft geht.“⁹

Nach diesem Fingerzeig gegen die „Schwarzen“ waren am 29. März 1933 wieder die „Roten“ im Dorf an der Reihe. Reichsweit wurden sämtliche Arbeitervereine, die bisher in Rheingönheim ein reichhaltiges Kultur- und Sportangebot unterhalten hatten,¹⁰ aufgelöst. Betroffen waren u.a. der Arbeitersamariterbund, die Arbeiterwohlfahrt und die Naturfreunde.¹¹ Zusätzlich wurde am 7. April 1933 die Neuzusammensetzung der Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialparlamente entsprechend dem Reichstagswahlergebnis vom 5. März 1933 bekanntgegeben, wobei der Stimmenanteil der KPD gleich gar nicht mehr berücksichtigt wurde.¹² Auf dieser Grundlage konstituierte sich am 26. April 1933 der neue Gemeinderat, bestehend aufgrund des Vorschlags der NSDAP / Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, CSVD und DVP aus Friedrich Hess, Philipp Kolb, Arthur Wölfel, Adam Cambeis,

⁶ Vgl. NSZ Rheinfront, Jg. 4, Nr. 67 vom 20. März 1933 („Bekanntmachung“).

⁷ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

⁸ Vgl. Caroli W., Anlage 1, in: Wetzler, Eva: Katholische Kirche und der Nationalsozialismus in Ludwigshafen 1933-1945. I Die Geistlichen, Speyer 1987, S. 183.

⁹ Zitiert nach Wetzler (Anm. 8), S. 47.

¹⁰ Vgl. das vorangegangene Kapitel.

¹¹ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 85.

¹² In Bayern wurden die Ausführungsverordnungen am 7. April 1933 verkündet und eine Neukonstituierung der Kommunalparlamente unter Ausschluss der KPD bis zum 27. April 1933 angeordnet.

Philipp Graf, Jakob Brug, Jakob Scherdtel und Jakob Ernst, aufgrund des Vorschlags von BVP und Zentrum aus Peter Deuschel und Gustav Waldmann sowie auf Vorschlag der SPD aus Wilhelm Hofer, Fritz Schäfer, Philipp Oberst, Heinrich Hammann und Heinrich Weigel. Nur durch den Raub der vier KPD-Mandate hatte sich die NSDAP damit auch in Rheingönheim die absolute Mehrheit erschlichen. Das Konterkarieren des Wählerwillens fand seinen Ausdruck in der Wiedereinsetzung des 1929 abgewählten Nationalliberalen Eugen Schmidt als Bürgermeister. Dass das Arbeiterdorf nun wieder seine Agrarier-Führung hatte, wurde durch die Ernennung des Nationalsozialisten Friedrich Sauvage – ebenfalls Landwirt – zu seinem Stellvertreter deutlich.¹³

Nach der Bestätigung der neuen Bürgermeister durch den Kreisleiter der NSDAP (!) durfte der neue Gemeinderat am 08. Mai 1933 zur seiner ersten Arbeitssitzung zusammentreten. Im Gegensatz zu Ludwigshafen, wo die SPD-Fraktion unter Gewaltandrohung bereits an der Sitzungsteilnahme gehindert wurde, durften in Rheingönheim die Sozialdemokraten ungehindert an der Sitzung teilnehmen und wurden sogar in die Ausschüsse gewählt.¹⁴ Doch bereits in der nachfolgenden Sitzung wurde die die SPD zum „Kotau“ gezwungen, als von Friedrich Hess für die Fraktion der NSDAP von der SPD „eine geschlossene Front auf nationaler Basis“ verlangt wurde. Daraufhin erklärte sich die SPD-Fraktion bereit, „zum Wohle der Gesamtgemeinde“ mitzuhelfen“. In der Praxis bedeutete dies die Zustimmung zur Entlassung von gleich fünf der SPD nahestehenden Gemeindemitarbeitern.¹⁵ Auch bei der nachfolgenden Gemeinderatssitzung stand die Lösung eines Dienstverhältnisses zur Abstimmung – hier stimmte die SPD-Fraktion allerdings vergeblich gegen die Einstellung eines „Hilfspolizisten aus den Reihen der NSADAP“ anstatt des bisherigen Amtsinhabers.¹⁶ Damit waren die Obstruktionsmöglichkeiten der SPD-Fraktion aber erschöpft, denn auf Grund der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 17. Juni 1933 nach der alle SPD-Mitglieder aus den Gemeinderäten ferngehalten werden sollten, erklärte auch die Rheingönheimer SPD-Fraktion am 20. Juni 1933 geschlossen ihren Rücktritt.¹⁷ Bürgermeister Schmidt akzeptierte allerdings nicht den Kollektivrücktritt, sondern forderte einzelne „unterschriftliche Erklärungen“ der Ratsmitglieder und Ersatzleute, die bis 30. Juni 1933 vorlagen – Symbolhascherei angesichts der Tatsache, dass durch eine weitere Anordnung, nun des Reichsinnenministers, die SPD schon seit dem 22. Juni 1933 reichsweit als Partei verboten war.¹⁸ Um trotzdem das „soziale“ Gesicht zu wahren, beschloss der Rheingönheimer Gemeinderat gleichzeitig z. B., „pro Person und Tag“ einen Zuschuss von einer RM an Arbeitgeber zu gewähren, wenn bisherige Arbeitslose mindestens sechs Monate beschäftigt würden. Insbesondere müssten aber „Doppelverdiener“, sprich Frauen, aus der Industrie ausscheiden!¹⁹

Nach der Zerschlagung der SPD war nun wieder der politische Katholizismus an der Reihe. Als sein exponiertester Vertreter im Rheindorf wurde Pfarrer Caroli – eine durch die Gauleitung der NSDAP angesetzte Schutzhaft war unterblieben – in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 1933 Opfer eines SA-Überfalls, was seinen Aufenthalt im Ludwigshafener St. Marienkrankenhaus notwendig machte.²⁰ Der Überfall auf Caroli war keine isolierte Aktion,

¹³ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.7 f.

¹⁴ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.7-15.

¹⁵ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.19-33.

¹⁶ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.49 und 63.

¹⁷ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

¹⁸ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.67.

¹⁹ Ebenda, S. 87.

²⁰ Vgl. Anm. 8, S. 47.

denn bereits am 28. Juni 1933 forderte Joseph Goebbels den Zentrumsvorsitzenden Brüning auf, „schleunigst seinen Laden zu schließen“, andernfalls werde man den „Experimenten“ dieser Partei nicht länger zusehen. So überrascht nicht, dass am 30. Juni 1933 Bürgermeister Schmidt auch die Rücktrittserklärungen von Peter Deuschel und Gustav Waldmann vorlagen. Auch in diesem Fall wurden anschließend bis zum 3. Juli 1933 die Verzichtserklärungen der Nachrücker auf dem Wahlvorschlag BVP und Zentrum geleistet. Am 4. Juli 1933 löste sich die BVP, am 5. Juli 1933 das Zentrum reichsweit auf.²¹

Entsprechend stellte Bürgermeister Schmidt am 6. Juli 1933 zu Beginn der nächsten Gemeinderatssitzung fest, dass das Gremium nunmehr nur noch zehn Mitglieder umfasse, aber dass „noch Beschlußfähigkeit“ bestehe. Das Rumpfparlament leitete u. a. den Pensionsantrag von Johann Hahl weiter, entließ den sozialdemokratischen Rheingönheimer Polizeikommissar Heinrich Herbold wegen einer Hitler-kritischen Äußerung fristlos und führte mehrere Straßen- und Platzbenennungen nach Adolf Hitler, Paul von Hindenburg und Horst Wessel durch.²² Nachfolgend wandte sich Bürgermeister Schmidt an das Bezirksamt in Ludwigshafen mit der Bitte, den Gemeinderat aus den Reihen der Wahlvorschläge der NSDAP zu ergänzen.²³ Vollzogen wurde dieses Possenspiel am 27. Juli 1933 als Friedrich Lutz, Heinrich Frey, Philipp Walter, Hermann Winterbauer, Adolf Karch und Dr. Willi Mühlhäußer über den Wahlvorschlag der NSDAP und mit dem Einverständnis der NSDAP-Kreisleitung in den Gemeinderat nachrückten. Zudem wurde das SS-Mitglied Heinrich Clauß zum Hilfspolizisten bestellt.²⁴ Bereits einen Tag später forderte die Rheingönheimer Ortsgruppenleitung der NSDAP erstmals auch die Versetzung des dortigen katholischen Pfarrers, da eine „große Erregung gegen Pfarrer Caroli herrscht“. Das von Caroli redigierte Ludwigshafener „Katholische Kirchenblatt“ musste auf sechs Wochen sein Erscheinen einstellen und Caroli wurde die Schriftleitung entzogen; nachfolgend die katholischen Arbeitervereine auch im Rheindorf verboten.²⁵

Nachzulesen war dies zukünftig auf einer der durch den Gemeinderat am 21. August 1933 angeschafften Plakattafeln, womit „die seitherige ortsübliche Bekanntmachung mittels Ortsschelle ersetzt“ wurde. Auch wurde der Ortsgruppe der NSDAP ein Schulsaal überlassen.²⁶ Die Allmacht der einzig verbliebenen Partei drückte sich nun in der Vergabe der Gemeinderatsplätze aus – statt einer Platzierung auf einer Wahlliste gab für den Nachrücker Georg Dietrich den Ausschlag, dass „damit die gesetzliche Mindestzahl erreicht“ war und „alle Berufsschichten vertreten sind“.²⁷ Gegen Pfarrer Caroli ging die Ortsgruppe am 2. Oktober 1933 wieder vor, als sie erneut seine „unbedingt notwendige“ Versetzung forderte und diese mit dem „renitenten Verhalten“ des Geistlichen begründete.²⁸ Offensichtlich bot der Repräsentant des politischen Katholizismus nicht ausreichende Gewähr für einen ungestörten Verlauf der für den 12. November 1933 vorgesehenen Neuwahl des Reichstags.²⁹ Allerdings kämpfte Pfarrer Caroli nach dem Abschluss des Reichskonkordats am 20. Juli 1933 auf einsamen Posten. Deutlich wird dies sowohl bei der Lektüre der „Neuen Pfälzischen Landes-

²¹ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

²² Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 91-109.

²³ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

²⁴ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 113-131.

²⁵ Vgl. Anm. 8, S. 48.

²⁶ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 133-151.

²⁷ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat) sowie RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 165 f.

²⁸ Vgl. Anm. 8, S. 48.

²⁹ Vgl. StALu, RG 36 1084 (Reichstagswahlen und Volksabstimmungen 1932-1934)

Zeitung“ (ehemals Organ des Zentrums) wie des „Pfälzer Tageblatts“ (ehemals Organ der BVP), die im Gegensatz zu den Zeitungen der Arbeiterbewegung nicht verboten worden waren, aber im Gegensatz zu Caroli nun verkündeten: „Der gute Katholik nur für Hitler und seine Liste!“.³⁰ 412 Rheingönheimer (11,82 %) sahen dies anders und votierten am 12. November 1933 gegen die Einheitsliste der NSDAP. Ob die Nein-Sager mehrheitlich – wie reichsweit – im Lager der Arbeiterbewegung oder im katholischen Milieu zu verorten waren, lässt sich aufgrund der geheimen Abstimmung nicht belegen. Allerdings wurde Pfarrer Caroli bereits am 13. November wieder als Sündenbock auserkoren, da er der Anweisung der „Allgemeinen Beflaggung“ zur Feier des NSDAP-Sieges nicht gefolgt war und stattdessen schwarz-rot-goldene und weiß-blaue Fahnen aufgezogen hatte. Die SA nahm dies zum Anlass vor dem Pfarrhaus zu demonstrieren und die katholische Kirche gewaltsam mit Hakenkreuzfahnen zu behängen.³¹

Nach der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Drangsalierung der Katholiken wurde abschließend auch das bürgerliche Milieu gleichgeschaltet: Am 16. November 1933 lud die Ortsgruppe Rheingönheim der NSDAP zu einer Besprechung unter Vorsitz des Ortsgruppenleiters Dr. Käß ein und verkündete, dass sich alle Turn- und Sportvereine in Rheingönheim zu einem Großverein zusammenschließen sollen. In der am 6. Dezember 1933 stattgefundenen Versammlung des Turnvereins wurde das Ansinnen der NSDAP mit 96:20 Stimmen abgelehnt. Die NSDAP Ortsgruppe Rheingönheim ignorierte einfach den Willen der Mitglieder und veranlasste den Gauturnführer Sommer in Speyer, den Vorstand des Turnvereins Emil Klamm absetzen zu lassen. Nachdem kein neuer Vorstand gefunden werden konnte, übernahm Gauturnführer Sommer selbst die Leitung des Turnvereins und ernannte Dr. Käß zu seinem Stellvertreter. Wegen Widerstandsleistungen des Turnvereins gegen die Anordnungen des Gauturnführers wurde der Vorstand Emil Klamm, dessen Vater Johannes Klamm als Gauoberturnwart und das Ehrenmitglied Karl Müller in Haft genommen. Während der Haft, die zehn Tage dauerte, wurde die „Turn- und Sportgemeinde“ (TuS) gegründet. Einsprüche beim Amtsgericht Ludwigshafen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz blieben erfolglos. Ein Großteil der Vereinsmitglieder trat allerdings demonstrativ dem neugegründeten Großverein nicht bei.³²

Zu den ersten staatlichen Maßnahmen, auch die Rheingönheimer Bevölkerung auf den bevorstehenden Krieg einzustimmen, gehörte die Propagierung des Luftschutzes: So beschloss der Gemeinderat am 1. Februar 1934 die Einrichtung eines „Luftschutz-Musterraums“ im Keller der Mozartschule, „weil geeignete Privaträume nicht zur Verfügung stehen bzw. die Eigentümer die Kosten nicht tragen wollen“.³³ Auch bei anderer Gelegenheit kam die „werdende Volksgemeinschaft“ noch nicht recht voran. Am 25. Februar 1934 wandte sich die „Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher“ an das Bischöfliche Ordinariat in Speyer, um erneut eine Versetzung von Pfarrer Caroli zu erreichen: „Die früher rote und zerrissene Industriegemeinde ist durch den Gauleiter persönlich unter Aufbietung aller Kräfte politisch wieder geeinigt worden. Nun ist es störend, wenn die Dinge durch den Pfarrer wieder aufgerissen werden“.³⁴ Als „störend“ wurde am 21. März 1934 auch das Verhalten eines Kanalarbeiters „vor dem Antritt zum Anhören der Rede unseres Reichskanzlers

³⁰ Vgl. Neue Pfälzische Landes-Zeitung, Jg. 12, Nr. 252 vom 11. November 1933 („Unser heutiges Abendgebet für Deutschland“).

³¹ Vgl. Anm. 8, S. 48. Wetzler vorverlegt den Tag des Kirchensturms fälschlicherweise auf das Datum der Reichstagswahl.

³² <https://www.tvrheingoenheim.de/vereinsgeschichte> - abgerufen am 12.09.2017.

³³ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 233-235.

³⁴ Vgl. Caroli W., Anlage 5, in: Wetzler (Anm. 8), S. 190.

anlässlich der Eröffnung der Arbeitsschlacht“ empfunden und entsprechend von Bürgermeister Schmidt „unverzögliche Prüfung und Handlung“ zugesagt. Mit der „Arbeitsschlacht“ sollte in Deutschland zwangsweise die Vollbeschäftigung erreicht werden – ein Mittel dazu war die Errichtung von Arbeitsdienstlagern – für „216 Mann“ sollte ein solches auf dem Gemeindeeigentum Gänswede errichtet werden.³⁵ Während solche auf Zwang beruhende Unterbringungen von der Gemeindeleitung positiv begleitet wurden, wurde der freiwillige Zuzug von Arbeitssuchenden als „unerwünscht“ erklärt und das Dorf zur „Notstandsgemeinde“ erklärt, da „die örtliche Fürsorge gerade in letzter Zeit erheblich belastet wurde“.³⁶

Am 11. Juli 1934 wurde Hauptlehrer August Blaß zum Ratsmitglied bestellt. Während hierzu nur die Zustimmung der NSDAP-Kreisleitung notwendig war, wurde die Nachfolge für den am 2. August 1934 verstorbenen Reichspräsidenten von Hindenburg formalisiert, indem man am 19. August 1934 eine reichsweite Volksabstimmung über die Zusammenlegung des Amtes des Reichskanzlers und Reichspräsidenten durchführte. Auch bei dieser Wahl verweigerten sich noch einmal 10,33 % der Rheingönheimer der gefestigten Diktatur. Nachfolgend wurden am 20. August 1934 sämtliche Gemeinderäte auf Hitler vereidigt. In der logischen Konsequenz erklärte am 12. September 1934 Gemeinderat Walter nicht gegenüber dem Bürgermeister sondern gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP seinen Mandatsverzicht.³⁷ Eine Entwicklung, die offensichtlich nicht spurlos an Eugen Schmidt vorbeiging, denn am 12. Oktober 1934 lag auch sein Rücktrittsgesuch als Bürgermeister vor. Zugleich ging damit auch der letzte Nationalliberale von Bord.³⁸ Ein Nachfolger wurde zunächst nicht bestimmt; die Amtsgeschäfte wurden nun vom 2. Bürgermeister, Friedrich Sauvage, wahrgenommen. Wer längst der wahre Herr im Dorfe war, machte Sauvage aber selbst am 8. Juni 1935 deutlich, als er dem Ortsgruppenleiter der NSDAP die neue Hauptsatzung der Gemeinde zur Genehmigung vorlegte.³⁹

Kurz drauf brachen alle moralischen Dämme: Eine schriftliche Aufforderung von Pfarrer Caroli vom 1. Juli 1935 an die katholische Pfarrjugend sich aktiv am 6. Juli 1935 am Jugendsonntag zu beteiligen und für ihren Glauben einzustehen⁴⁰, führte am 8. Juli 1935 zu einer Zusammenrottung von 800 bis 1.000 Menschen vor dem Pfarrhaus, deren lautstarke Forderungen von der Absetzung bis zur Ermordung des abwesenden Caroli reichten. Nachfolgend wurden Pfarrhaus, Pfarrsaal und St. Joseph gestürmt. Im Pfarrhaus wurden wahllos Mobiliar, 22 Kirchenfahnen und Notenmaterial angezündet, bevor der Verwüstungszug in der Kirche weiterging. Der Amtsverwalter wurde misshandelt und genauso wie sechs Pfarrgemeindemitglieder, die durch Glockengeläut auf die Vorgänge aufmerksam machten, verhaftet. Caroli selbst erhielt einen Ortsverweis durch die Gestapo.⁴¹ Aber auch anderenorts ging die Bilderstürmerei weiter: Am 18. September 1935 beschloss der Gemeinderat das 1921 errichtete Gefallenendenkmal des „Freien Sportkartells“ vom

³⁵ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 267-287.

³⁶ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 317.

³⁷ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

³⁸ Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S. 401.

³⁹ Vgl. StALu, RG 36 (Gemeinderat).

⁴⁰ Vgl. Caroli W., Anlage 6, in: Wetzler (Anm. 8), S. 191.

⁴¹ Vgl. Caroli W., Anlage 7-9, in: Wetzler (Anm. 8), S. 192-198.

Luitpoldplatz zu entfernen – nach den Katholiken war also wieder die Arbeiterbewegung an der Reihe.⁴²

Allerdings wurde am 28. September auch die Vorherrschaft der agrarischen Elite beendet: „Auf Anordnung des Beauftragten der NSDAP, Pg. Kreisleiter Dr. Wittmer aus Ludwigshafen am Rhein“ wurden die Gemeinderäte zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen. Wittmer übernahm selbst die Sitzungsleitung und erklärte, dass er den Betriebsleiter Georg Falk als Bürgermeister sowie Artur Wölfel als 1. Beigeordneten und den Ortsgruppenleiter Dr. Käß als 2. Beigeordneten vorschlagen werde. Nachdem sich trotz Aufforderung die Gemeinderäte nicht äußerten, wurde Falk von Wittmer zur Versammlung hinzugeholt und befragt, „ob er das Amt als Bürgermeister annehmen wolle, worauf dieser bejahend antwortete“. Nachzureichen war jeweils der Nachweis der „arischen Abstammung“.⁴³ Nachdem auch diese „Formalität“ erledigt war, wurden Falk, Wölfel und Dr. Käß am 18. Oktober 1935 durch das „Vertrauen der Partei und Regierung“ in einer öffentlichen Sitzung in ihre Ämter eingeführt; der abgesetzte Sauvage fehlte entschuldigt und musste seinen Rücktritt als 2. Bürgermeister nachreichen. Mit einem „Sieg Heil“ und dem Absingen des „Horst-Wessel-Liedes“ wurde die Versammlung geschlossen.⁴⁴ Auch die Gemeinderäte wurden durch den „Beauftragten der NSDAP“ neu berufen und am 29. Oktober in ihre Ämter eingeführt: Friedrich Sauvage, Friedrich Hess, Philipp Kolb, Heinrich Frey, Adam Cambeis, Jakob Brug, Adolf Karch, Philipp Graf, Ernst Jakob, Jakob Scherdtel, Ernst Schmidt und August Blaß.⁴⁵ Das neugebildete Gremium tagte erstmals am 18. Dezember 1935. Entsprechend dem neuen Zeitgeist gab der Bürgermeister Falk „informativische Aufklärung über seine Entschlüsse“.⁴⁶ In der nachfolgenden Gemeinderatssitzung wurde den Anwesenden immerhin schon eine „event. Gegenäußerung“ zugebilligt und sich vom Bürgermeister sogar um die „Erlangung von Vorschlägen“ für die ab dem 1. Januar 1936 beginnende Umgestaltung des Alten Friedhofs in den heutigen Mozartpark bemüht.⁴⁷

Die Transformation des „roten“ Rheindorfs in eine NS-Mustergemeinde war aber immer noch nicht abgeschlossen, denn der nach der Vertreibung von Pfarrer Caroli ab dem 11. Januar 1936 als Pfarrverweser wirkende Georg Wode hielt engen Kontakt zu seinem Amtsvorgänger. So geriet auch er schnell in das Visier der Gestapo.⁴⁸ Nächste Etappe sollte die Reichstagswahl am 29. März 1936 sein, in deren Vorfeld Hitler am 25. März 1936 auch Ludwigshafen besuchte. 3.603 Rheingönheimer beteiligten sich am Wahlgang – den jüdischen Mitbürgern war bereits am 15. September 1935 das Wahlrecht entzogen worden. Zur Wahl stand nur die Einheitsliste der NSDAP, ein Nein-Feld fand sich auf dem Stimmzettel nicht. Selbst leer abgegebene wurden als gültig gewertet. Entsprechend erhielt die NSDAP in Rheingönheim eine Zustimmung von 99,28 %. Lediglich 26 Einwohner hatten ihren Stimmzettel deutlich verneinend markiert, womit das Rheindorf knapp unter der Marke des NS-Gaues Saar-Pfalz lag, der eine angebliche Zustimmung von 99,88 % bekanntgab.⁴⁹ Auch dies erschien den Herrschenden wohl noch nicht ausreichend genug: So musste am 2.

⁴² Vgl. StALu, RG 16 (Protokollbuch des Gemeinderats 1933-1935), S.491. Anschließend wurde das Denkmal unweit seines Standortes vergraben und erst nach 1945 stark beschädigt im Mozartpark wieder aufgestellt.

⁴³ Vgl. StALu, RG 39 (Bürgermeisterei).

⁴⁴ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938),S. 5-7.

⁴⁵ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 13.

⁴⁶ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 31.

⁴⁷ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 35-39.

⁴⁸ Vgl. Anm. 8, S. 155.

⁴⁹ Vgl. NSZ Rheinfront, Jg. 7, Nr. 76 vom 30. März 1933 („Die unzertrennliche Gemeinschaft gebildet“).

April 1936 auch die katholische „Neue Pfälzische Landes-Zeitung“ ihr Erscheinen einstellen. Die Abonnenten gingen an das Organ der pfälzischen NSDAP über, was aber nicht verhinderte, dass ein Großteil der Leser zum nationalliberal geprägten Ludwigshafener „General-Anzeiger“ wechselten.⁵⁰ Auch die Arbeiterbewegung war noch nicht endgültig zum Schweigen gebracht: So vermeldeten die „Deutschland-Berichte“ der SPD-Auslandsleitung in Prag für den gleichen Zeitraum die Verurteilung von Jakob Haal aus Rheingönheim wegen „Beschimpfung der SA“ zu sieben Monaten Gefängnis.⁵¹

Ab Sommer 1936 begann der absehbare Souveränitätsverlust des Rheindorfs gegenüber der übermächtigen Chemiemetropole. In Ludwigshafen waren am 4. Juni 1936 die Ratsherren zu einer nichtöffentlichen Sitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: „Eingemeindung von Rheingönheim“ zusammengetreten und hatten nach umfangreichen Darlegungen von Oberbürgermeister Dr. Ecarius, Rechtsrat Dr. Reichert und Finanzdirektor Dr. Stabel beschlossen: „Der Stadtkreis Ludwigshafen am Rhein zeigt bei der Regierung der Pfalz an, daß er beabsichtigt Verhandlungen über die Eingemeindung der Gemeinden Rheingönheim, Maudach, Oggersheim und Oppau in die Ludwigshafener Gemarkung und zwar zunächst bezüglich der Gemeinde Rheingönheim einzuleiten“. Unverblümt standen dabei die Interessen der IG Farben und der Firma Giulini im Vordergrund, deren Werksgelände jeweils durch die Gemarkungsgrenzen zerschnitten wurde. Für Rheingönheim wurde konstatiert, dass „die Gemeinde kein Eigenleben führt“.⁵² Die Gemeindeparkasse Rheingönheim war bereits zum 1. Januar 1936 durch die Bezirksparkasse Ludwigshafen übernommen worden – am 29. Juli 1936 wurde dem Rheingönheimer Gemeinderat die Abschlussbilanz vorgelegt. Energisch verwehrte sich Bürgermeister Falk in der gleichen Sitzung erstmals öffentlich gegen die Absicht der Stadt Ludwigshafen durch Gemeindegrenzveränderungen die Firma Guilini vollständig in ihr Stadtgebiet einzuziehen und forderte stattdessen eine Grenzziehung zugunsten Rheingönheims.⁵³ Auch die Eröffnung der „Capitol-Lichtspiele“ am 25. Oktober 1936 bezeugt den Selbsterhaltungswunsch der Gemeinde, nachdem die Gemeindeverwaltung vorher ein eigenes Kino wegen der Nähe zu Ludwigshafen abgelehnt hatte.⁵⁴ Allerdings war jedes neue Kino auch ein wirkungsvolles Werbemittel, das dem nationalsozialistischen Regime Glamour verleihen sollte. Ganz im Tenor des Nationalsozialismus war ebenfalls die Einführung der Gemeinschaftsschule in Rheingönheim zum Schuljahr 1937/38, obwohl das Reichskonkordat die Beibehaltung der Konfessionsschulen garantiert hatte. Allerdings sprach sich in Rheingönheim nur ein einziger Erziehungsberechtigter für deren Erhalt aus.⁵⁵

Am 19. Januar 1937 lag die Antwort der Regierung der Pfalz auf das Eingemeindungsansinnen Ludwigshafens vor – es wurden keine Bedenken erhoben! Daraufhin wurde Anfang März die Ludwigshafener Stadtführung aktiv und lud zur Aussprache ein. Dabei machte Dr. Reichert deutlich, dass die Stadt die Eingemeindung Rheingönheims schon zum 1. Oktober 1937 anstrebte. Bürgermeister Falk hielt dem entgegen, dass „die ganze Bevölkerung Rheingönheims gegen eine Eingemeindung nach

⁵⁰ Vgl. Mörz, Stefan, Vom Westboten zur Rheinpfalz, Ludwigshafen 1994, S. 118 f.

⁵¹ Vgl. Deutschland-Bericht der Sopade, 3. Jg. (1936). Neu hrsg. von Klaus Behnken, Frankfurt am Main 1980, S. 1034.

⁵² Vgl. StALu, Ratsherrensitzungen 1936, S.142-161.

⁵³ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 11-15.

⁵⁴ Vgl. Baum, Herbert, Lebendige Bilder in unserer Stadt, Ludwigshafen am Rhein 2003, S. 49 f. Walter Schäfer schildert dort, dass in den Capitol-Lichtspielen dank nachlässiger Polizeikontrollen ein liberales Klima herrschte, wodurch Jugendliche auch für sie noch nicht freigegebene Filme besuchen konnten.

⁵⁵ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 157.

Ludwigshafen sei“.⁵⁶ Allerdings erklärte am 14. Mai 1937 Ortsgruppenleiter Dr. Käß seinen Rücktritt als 2. Beigeordneter, da „seine Freizeit neben der Berufstätigkeit ohnedies durch die Parteitätigkeit stark beansprucht sei.“ Sichtbar vorgeschobene Gründe, denn ganz offensichtlich hatte die Stadtverwaltung innerhalb der NSDAP-Kreis- und Gauleitung mit ihrem Ansinnen wesentlich mehr Rückhalt als die Rheingönheimer Ortsverwaltung und begann entsprechenden Druck auf die Parteigenossen auszuüben. Bürgermeister Falk berief daraufhin am 19. Mai 1937 den Fabrikanten Willy Keck zum neuen 2. Beigeordneten und „erwartete von ihm die Mitarbeit, die von einem Nationalsozialisten gefordert wird.“⁵⁷ Öffentlich in sein Amt eingeführt wurde Keck am 11. Juni 1936⁵⁸, anschließend der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung über die bisherigen Eingemeindungsbestrebungen Ludwigshafens informiert. Das Ergebnis fasste Bürgermeister Falk wie folgt zusammen: „Die Gemeinde Rheingönheim lehnt den Antrag der Stadt Ludwigshafen auf Eingliederung der Gemeinde Rheingönheim ganz entschieden ab. Die Aufsichtsbehörde wird ersucht, den Antrag der Gemeinde Rheingönheim weitgehendst zu unterstützen.“⁵⁹ Angesichts dieses neuen Spannungsfeldes war der innerörtliche Konfliktaustrag mit der katholischen Kirche nur noch ein Nebenkriegsschauplatz, insbesondere da der aus NS-Sicht „als nichtgeeignet für die Verhältnisse“ eingeschätzte Georg Wode am 16. Juli 1937 durch den offensichtlich moderateren Pfarrer Martin Weber ersetzt wurde.⁶⁰ Zuvor war am 13. Juni 1937 mit Theo Kuntz auf evangelischer Seite sogar ein betonter Anhänger der Regimes in sein Amt eingeführt worden.⁶¹

Am 3. Oktober 1937 lud Gauleiter Bürckel Vertreter aus Maudach, Oggersheim, Oppau und Rheingönheim in seinem Amtssitz nach Neustadt. Nach wüsten Bedrohungen und Beschimpfungen verließ er, ohne eine Gegenrede zuzulassen, den Saal. Den anwesenden Gemeindevertretern wurde ein Formular vorgelegt, mit dem sie der Eingemeindung zustimmen sollten. Wider Erwarten fügte sich aber nur Oggersheim, am 14. Oktober folgte Oppau.⁶² Daraufhin erhöhte am 19. Oktober 1937 die Kreisleitung der NSDAP deutlich den Druck auf die Entscheidungsträger in Rheingönheim, indem sie den Gemeinderat trotz Abwesenheit von Bürgermeister und 1. Beigeordneten telefonisch zu einer Sitzung einbestellte. Erst zu Beginn der Sitzung wurden die Gemeinderäte über die Tagesordnung informiert: „Eingemeindung der Gemeinde Rheingönheim in die Stadt Ludwigshafen am Rhein“. Kreisleiter Kleemann teilte mit, dass die Gauleitung die Eingemeindung verlange, weil Ludwigshafen „ohne Raum sei“ und durch die Eingliederung Rheingönheims „könne der erforderlichen Ausdehnung Rechnung getragen werden“. Obwohl Kleemann zusicherte, dass „der ureigene Charakter der Gemeinde erhalten bleiben“ werde, gaben die Gemeinderäte mit dem Verweis auf die fehlende Gemeindeführung nicht die gewünschte Stellungnahme ab.⁶³

⁵⁶ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 177-187.

⁵⁷ Vgl. StALu, RG 39 (Bürgermeisterei).

⁵⁸ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 171.

⁵⁹ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 187.

⁶⁰ Vgl. Anm. 8, S. 153-156. Pfarrer Caroli hatte am 18. Februar über sein Aufenthaltsverbot in Rheingönheim hinaus einen Verweis aus dem gesamten Gebiet der Saarpfalz erhalten. Weiter verfolgt wurde er schließlich ungebrochen am 18. Februar 1942 ins KZ Dachau eingeliefert, wo er in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1942 nach einem langen Martyrium verstarb. Seine Asche ruht seit 1996 im Turm von St. Joseph.

⁶¹ Vgl. Borggreffe, Friedhelm: „Im Gleichschritt Marsch...“. Evangelisch in Ludwigshafen 1833-1945, Ludwigshafen am Rhein 2014, S. 29 ff.

⁶² Vgl. Mörz, Stefan: „Groß-Ludwigshafen“ im „Großdeutschen Reich“, in: Geschichte der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Band 2, Ludwigshafen am Rhein 2003, S. 266.

⁶³ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 197-199.

Das Meinungsbild hierzu holte Bürgermeister Falk am 25. Oktober 1937 ein. Zunächst erhielt aber Ortsgruppenleiter Dr. Käb das Wort, der klarstellte, dass die Gauleitung der NSDAP die Eingemeindung verlange und er „die Angelegenheit nunmehr zu fördern“ habe. Anschließend erklärten die Gemeinderäte Ernst, Karch, Graf, Brug, Schmidt, Kolb, Sauvage, Frey, Hess und Wölfel „vorbehaltlos ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt einzunehmen“. Die Gemeinderäte Blaß, Cambeis und Scherdtel zeigten sich verhandlungsbereit, um eine Zwangseingemeindung zu vermeiden. Lediglich der 2. Beigeordnete Keck sprach sich für die Eingemeindung aus, „um das Aufbauwerk des Führers“ zu fördern. Abschließend erfolgte die von der Kreisleitung am 19. Oktober 1937 geforderte Stellungnahme, in der Bürgermeister Falk bei seiner ablehnenden Haltung blieb.⁶⁴ Daraufhin lag bereits einen Tag später das Rücktrittsschreiben seines 2. Beigeordneten wegen „unüberbrückbarer Gegensätze“ vor.⁶⁵

Am 24. November 1937 wurden die Bürgermeister von Maudach, Oggersheim, Oppau und Rheingönheim in den Stadtratssaal von Ludwigshafen einbestellt. Ihnen wurde durch Staatssekretär Hoffmann als Vertreter des Reichsstatthalters von Bayern mitgeteilt, dass er die „vorläufige Genehmigung“ zur Eingemeindung erteile. Zuvor hatte Bürgermeister Falk noch einmal den ablehnenden Standpunkt der Gemeinde kundgetan. Offensichtlich wurde Bürgermeister Falk anschließend so zugesetzt, dass er bei der nachfolgenden Gemeinderatssitzung „verhindert“ war und seinen gesetzlichen Vertreter, Beigeordneter Wölfel, beauftragte, das Sitzungsergebnis mitzuteilen. Einziger Tagesordnungspunkt war am 28. November 1937: „Antrag der Stadt Ludwigshafen auf Eingemeindung der Gemeinde Rheingönheim“. Das Gremium fasste folgenden Beschluss: „Die nunmehr vorliegende Stellungnahme der zuständigen Behörden, ebenso die Zustimmung der Partei geben sämtlichen anwesenden Gemeinderäten Anlaß, den Bürgermeister oder seinen gesetzlichen Vertreter zu beauftragen, der von der Stadt Ludwigshafen am Rhein beantragten Eingemeindung zuzustimmen, wenn die Stadt Ludwigshafen am Rhein die heute festgelegten Bedingungen der Gemeinde Rheingönheim anerkennt“.⁶⁶ Es folgte ein am 29. November 1937 niedergelegter 17 Punkte umfassender Forderungskatalog, der noch am gleichen Tag von Bürgermeister Falk und dem 1. Beigeordneten Wölfel Ludwigshafens neuem NS-Oberbürgermeister Stolleis vorgelegt wurde. Stolleis erklärte sie allerdings für „unannehmbar“. Stattdessen musste Falk eine Vereinbarung unterzeichnen, die den Eingemeindungsvereinbarungen mit den anderen drei Gemeinden glich. Mit diesem Ergebnis trat er am 15. Dezember 1937 wieder vor sein Gremium, das zu dem Ergebnis kam: „Alle Gemeindevertreter, die mit dem Bürgermeister die Erhaltung der Selbständigkeit der Gemeinde Rheingönheim verteidigten, müssten als Nationalsozialisten handeln und die getroffenen Vereinbarungen nunmehr als Abschluß der Verhandlungen hinnehmen“.⁶⁷

Obwohl damit der Anschluss Rheingönheims an Ludwigshafen feststand, ging die Gemeindeverwaltung weiter ihrem Tagesgeschäft nach und präsentierte zum 1. Februar 1938 eine umfangreiche Tagesordnung⁶⁸: Philipp Kolb wurde zum neuen 2. Beigeordneten bestimmt, der Bewässerungsgenossenschaft wurde für die kommenden 18 (!) Jahre jährliche Zuschüsse eingeräumt, der HJ eine Barleistung für ihr Heim gewährt, die Erbauung einer Leichenhalle beschlossen und kommentarlos der ehemalige Betraum von der jüdischen

⁶⁴ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 203-205.

⁶⁵ Vgl. StALu, RG 39 (Bürgermeisterei).

⁶⁶ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 233-235.

⁶⁷ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 237-257.

⁶⁸ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 263-279.

Kultusgemeinde⁶⁹ aufgekauft. Allerdings verfügte Reichstatthalter Ritter von Epp bereits 8. am Februar 1938 mit Wirkung vom 1. April 1938 die Eingemeindung der betroffenen vier Gemeinden. Zum letzten Mal trat der Rheingönheimer Gemeinderat am 29. März 1938 zusammen und betonte noch einmal, „alles daran gesetzt“ zu haben, „um die Eingliederung zu verhindern, oder noch aufzuhalten“. Bürgermeister Falk bilanzierte: „Die Stadt Ludwigshafen a/Rh. übernimmt eine Gemeinde, deren Straßen sich in einem guten Zustande befinden, ja die gesamten Verhältnisse der Gemeinde Rheingönheim können als gut und geordnet bezeichnet werden.“ Seine letzte Amtshandlung war die Niederschlagung der Hausmieterrückstände bei den gemeindeeigenen Wohnungen.⁷⁰

⁶⁹ 1938 wurden bei einer Gesamteinwohnerzahl von 5.400 noch 25 jüdische Einwohner am Ort gezählt.

⁷⁰ Vgl. StALu, RG 17 (Beratungs-Buch der Gemeinde Rheingönheim 1935-1938), S. 303-313.